

Staat und Kultur brauchen sich gegenseitig

Autor(en): **Hürlimann, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **74 (1979)**

Heft 1-de

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-174781>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Staat und Kultur brauchen sich gegenseitig

Der Weg der modernen Demokratie wird bestimmt vom Willen der Mehrheit ihrer Bürger. Sie stützt sich ab auf breite Übereinstimmung und ist bemüht, gleiches Recht für alle gelten zu lassen. Bestreben eines jeden Rechtsstaates ist es darum, eine feste Ordnung zu schaffen und ihr Bestand zu verleihen. Der Staat wirkt erhaltend, bewahrend; sein Handeln ist, weil es in jedem Falle weitreichende Folgen hat, von Vorsicht bestimmt. Experimente kann und darf er sich nicht leisten. Zwar weist er das Neue nicht von sich, doch zwingt ihn seine Verantwortlichkeit, es am Bewährten zu messen und auf alle seine möglichen Wirkungen hin genau zu prüfen. Höhenflüge sind seine Sache nicht. Je breiter seine Basis ist – je demokratischer also –, desto mehr wohnt ihm Statik inne. Der demokratische Staat mit seinem Mehrparteiensystem strebt nach Ausgleich, zur Mitte hin. Extreme werden ausgeglättet, der Kompromiss ist, soll es zu Beschlüssen kommen, unumgänglich.

Vordringliches Anliegen des sozialen Rechtsstaates ist das Wohl seiner Bürger, die allgemeine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Er hat in erster Linie sichernde, schützende Funktionen, und um diese erfüllen zu können, ist er auf Leistung und Zusammenarbeit angewiesen. Das heisst, dass er seinen Bürgern Pflichten auferlegt. Dafür ist er gehalten, über die von ihm verwendeten Mittel Rechenschaft abzulegen; er hat mit ihnen haushälterisch umzugehen. Sein Bereich ist die Wirklichkeit, und sein Wesen hat bestimmt zu sein von Nüchternheit, Klarheit und Zuverlässigkeit.

Die Kultur dagegen, und insbesondere die Kunst hat es fast immer mit Spiel und mit nicht ausschliesslich am Faktischen zu messenden Aussagen zu tun. Nicht das Machbare möchte sie zeigen, sondern das Denkbare, das allenfalls Mögliche. So drängt sie zu den Extremen, verlangt nach dem Absoluten und verschmäht den Kompromiss. Sie nimmt Freiheit für sich in Anspruch und will sich nicht einbinden lassen. Sie ist geistiger Art und darum vom Alltag und vom bloss Materiellen weitgehend unabhängig. Stets strebt sie dem Neuen zu und stellt das Überkommene meistens sogar ungeprüft in Frage. Der ernsten Pflicht setzt sie die Freude, die Lust, die Spontaneität entgegen. Da sie quantitativ nicht zu erfassen ist, entzieht sie sich jeder Berechnung. Ihr Ursprung liegt nicht in der vernünftigen Übereinkunft, sondern in der überschäumenden Einbildungskraft des schöpferischen Individuums.

Dieser kurze Versuch einer Charakterisierung schon zeigt, dass der wesenhafte Gegensatz von Kultur und Staat so ausgeprägt ist, dass jeder Versuch,

ihn aufheben zu wollen, sich als untauglich erweist. Wir müssen also den Widerspruch akzeptieren und mit ihm leben. Unmöglich ist das keineswegs. Denn wo es Gegensätze gibt, herrscht Spannung, und Spannung bezeichnet unter anderem auch das Gegenteil von Langeweile. In der Tat ist im Spannungsfeld von Kunst und Staat ein Gespräch möglich, das nie langweilig wird, weil es jedem der beiden Partner immer wieder neue Einsichten vermitteln kann. Worauf es ankommt, ist die Offenheit, die Bereitschaft zum Gespräch, das Wissen um diesen Gegensatz auf beiden Seiten. Warum darüber hinaus die Förderung der Kultur durch den Staat ein unabdingbares Erfordernis darstellt, möchte ich im folgenden deutlich machen.

Dabei scheint es mir wichtig zu sein, darauf hinzuweisen, dass wir Kultur nicht allein mit dem gleichsetzen, was allgemein unter Kunst verstanden wird. Feudalherrscher und Diktatoren aller Zeiten haben das getan und damit um so leichter die Kunst für gleissnerische Propaganda missbraucht. Nein, Kultur ist mehr: über Spiel und Kunst hinaus umfasst sie Religion, Philosophie und Wissenschaft. Sie umfasst das vom menschlichen Geist über das bloss Natürliche und Mechanische hinaus Erkannte und Geschaffene und ist darum untrennbar verbunden mit dem Begriff der Humanität. Kultur, so ganzheitlich gesehen, hat neben dem hohen ästhetischen einen ebenso hohen ethischen Anspruch. Sie steht in Bezug zu den Sinnen und zum Geist gleichermaßen, weil in ihr der Mensch in seiner schöpferischen Ganzheit sich manifestiert. Damit ist sie lebenswichtig, für den Staat nicht minder als für den einzelnen Menschen. Wo echte kulturelle Entfaltung unterdrückt wird, wird Menschlichkeit verhindert, und wahrer Fortschritt hört auf.

Dadurch, dass die Kultur sinnstiftend ist, wirkt sie staaterhaltend. Indem sie dem Bürger zum Erlebnis einer eigenen Identität verhilft, stärkt sie auch sein überindividuelles, sein staatliches Selbstbewusstsein. Mehr noch: indem sie sich aus der Realität des Alltags in die Utopie emporzuschwingen vermag, kann sie neue Richtungen weisen, neue Wege vorzeichnen. Sie vermag gleichzeitig auch die politisch Verantwortlichen vor drohenden Fehlentwicklungen zu warnen. So kann eine Gesellschaft, kann ein Staat sich verändern, nicht gewaltsam und plötzlich, sondern im Sinne eines stetigen Fortschritts auf dem Wege zu einer reicheren, schöpferischen Menschlichkeit und zu einer «kulturellen Demokratie» im echtsten Sinne.

Hans Hürlimann, Bundespräsident